

Erscheint jeden Mittwoch u. Sonnabend in Opatów O.-S.
 Bezugspreis 1/4-jährlich 3.00 Mk. mit Abtrag 3.30 Mk.
 Insertionspreis: 50 Pf. die siebengespaltene Petitzeile.

DER

Geschäftsstelle Oderstr. 6. Buchhandlung der
 „Gazeta Opatowska“ - Verkauf: Buch- und Papier-
 handlung f. Verstr. 6, Krakauerstr. 41 und Ring 13.

WEISSE



ADLER

DER WAHRHEIT DIE EHRE!

Nicht übersehen! Verkaufsstellen und Agenturen wollen den Mehrbedarf an „Weissem Adler“ gefälligst an unsere Expedition, Herrn St. Weber, Beuthen OS., Kurfürstenstrasse 19, Telefon 40 melden, da sich sonst die Absendung unnötig verzögert. ☺ ☺ ☺ ☺

Zum polnischen Aufstand in Oberschlesien.

(Fortsetzung.)

Die Misshandlungen durch den Grenzschutz im Kreise Tarnowitz.

Ohne Vorladung erscheint der Bergmann Franz Zajonc, 38 Jahre alt aus Kozłowa-Góra, Kreis Tarnowitz und erklärt an Eidesstatt:

Am 21. August d. J. kamen etwa 30 Mann Soldaten in meinen Hof und riefen meinen Namen. Ich ging aus meiner Wohnung ihnen sofort entgegen und stellte mich selbst, da ich wusste, dass ich nichts verbrochen hatte, mir also auch nichts geschehen konnte. Der zugegen gewesene Leutnant erklärte mir, dass ich der Polenkönig von Kozłowa-Góra sei und erklärte mich für verhaftet. Dann gingen die Soldaten gleich an mich zu beschimpfen und führten mich auf den Sammelplatz vor dem Dorfe. Bei der Durchsuchung meiner Wohnung haben die Soldaten ein kleines polnisches Gesangbuch und ein Blatt Papier aus dem ich den polnischen Adler ausgeschnitten habe gefunden. Diese Sachen brachten die Soldaten nach dem Sammelplatz und triumphtierten, dass sie dies bei dem Polenkönig gefunden haben. Nach der Durchsuchung des ganzen Dorfes wurden die Soldaten alle zusammengezogen und es hiess dann »Alles herein«, Türen und Fenster zu!« und es wurde mit einem Gummiknüppel auf mich losgeschlagen. Es waren hauptsächlich 3 Soldaten, die auf mich schlugen, mich mit Füßen stossen und in aller möglichen Weise misshandelt haben. Hierbei wurde ich wiederholt zu Boden geworfen. Später verlangt man von mir die Angabe, wo sich die polnischen Vereinsfahnen befinden. Dieses konnte ich nicht angeben, wofür ich wieder eine Tracht Prügel bekommen habe. Weil ich das Schlagen nicht mehr aushalten konnte, sagte ich, dass die fraglichen Fahnen sich wahrscheinlich bei dem Vereinsvorsitzenden befinden werden. Ich musste mitgehen und zeigen, wo der Vereinsvorsitzende wohnt. Dort wurden die Fahnen von der Frau des Vorsitzenden, nachdem sie durch die Soldaten mit Erschiessen bedroht worden war, herausgegeben. Es war eine polnische und eine französische Fahne. Die beiden Fahnen wurden mir in die Hände gegeben und so wurde ich durchs Dorf geführt und musste rufen: »Hoch lebe Deutschland! Und nieder mit Polen!« Im Dorfe haben die Soldaten Schleifen mit weiss-roten Farben gefunden. Diese Schleifen haben die Soldaten mir an beiden Brustseiten und an beiden Knien angeheftet und so musste ich die Fahnen in den Händen tragend, weiter durchs Dorf marschieren und »Hoch lebe Deutschland« weiter rufen. Auf dem Sammelplatz angekommen, wurde ich nochmals geschlagen und beschimpft. Schliesslich hat mich der Leutnant in dieser Verfassung fotografiert. Dann wurde ich nach Neudeck transportiert, aber nicht auf dem direkten Wege, sondern auf weiten Umwegen durch den Wald. Die beiden Fahnen musste ich in den Händen tragen, auch hatte ich die polnischen Binden auf beiden Armen und die Schleifen wie vorher erwähnt angeheftet. Ich musste vor den Soldaten, welche zu Pferde in scharfem Trab hinter mir hergeritten kamen, laufen, hierbei bin ich zweimal zu Boden gefallen, weil mir die Pferde auf die Füsse getreten haben. Im Walde, wo uns das polnische Militär sah, welches etwa 1000 Meter entfernt war und gut sehen konnte, wurde ich allein aufgestellt, musste mit beiden Fahnen winken und rufen: »Nieder mit Polen, es lebe Deutschland!« Später wurde der Transport in derselben Weise nach Neudeck fortgesetzt. Dort wurde ich wieder von den Soldaten und Zivilisten beschimpft. Nachmittags wurde ich wieder in derselben Weise, unter dem erwähnten Singen und Rufen nach Naklo transportiert. Dort wurde ich von anderen Soldaten übernommen, wieder geschlagen und beschimpft. Von hier wurde ich nach Tarnowitz geführt.

Von dem Schlagen fühle ich mich heute noch krank. Zwei Wochen nach der Misshandlung konnte ich nicht gut hören; am ganzen Körper hatte ich schwarz-blaue Flecke.

Alle diese geschilderten Vorgänge vollzogen sich unter den Augen des kommandoführenden Leutnants, welcher die Soldaten zu diesen Schandtaten anfeuerte, und zu mir sagte, dass ich noch am selben Tage erschossen werde.

Die beiden Vereinsfahnen, etwa 5 Armbinden, ein Stempel des Volksrats mit einer Flasche Stempelkissenfarbe, etwa 12 bis 15 kleine polnische Adler an Stecknadeln und ein kleines polnisches Gesangbuch im Gesamtwerte von etwa 200 Mark wurden beschlagnahmt und sind mir bis heute noch nicht zurückerstattet.

Ich wurde 5 Wochen unschuldig in Haft gehalten, und wurde schliesslich ohne Gerichtsverhandlung entlassen.

Ich habe 33 Schichten versäumt a Schicht 12.40 Mk. = 434.00 Mark Schaden, um deren Erstattung ich die nötigen Schritte unternehmen werde.

gez. Franz Zajonc.

Ich der Endesunterzeichnete habe mich über folgende Uebergriffe seitens deutschpreussischer Behörden zu beklagen:

Am 6. Juni 1919 fuhr ich nach Gleiwitz, um dort geschäftliche und persönliche Angelegenheiten mit dem Herrn Bankkontrolleur Nikolaus Lakotta und Kurt Kappel zu regeln. Friedlich auf der Strasse gehend, wurde ich plötzlich von mehreren Grenzschutzsoldaten angefallen mit dem Rufe: »Hände hoch!« Sind sie Pole?« Meine Antwort darauf: »Das geht Sie garnichts an!« Grenzschutz: »Sie kommen mir verdächtig vor. Marsch auf die Wache!« Ich suchte darauf nach Legitimationspapieren in die Tasche zu greifen. Grenzschutz meine Legitimierung ignorierend. »Wenn Sie noch eine Bewegung machen, werden Sie auf der Stelle über den Haufen geschossen.« Dabei entsicherten sie die Gewehre und zückten die Bajonette gegen meinen Leib. Auf Befehl eines hinzutretenden Unteroffiziers, transportierten mich die Grenzschutzmannschaften nach der Kaserne, wobei sie den ganzen Weg hindurch die entsicherten Gewehre gegen mich gerichtet hielten und sich in den gemeinsten Beschimpfungen gegen alles was polnisch ist und gegen mich im Besonderen ergingen. Der Pöbel von der Strasse und vereinzelt, in den Haustüren und Läden stehende Zivilisten sekundierten dabei eifrig und forderten vielfach die Soldaten auf, den »polnischen Schweinehund« auf der Stelle zu lynchen. Die Soldaten schritten auch nicht gegen derartige Anpöbelungen ein, als ein Gassenjunge mich ansprach. In der Kaserne wurde ich in Gegenwart eines Hauptmannes, zwei Leutnants und zahlreicher Mannschaften nach Waffen und geheimen Dokumenten untersucht. Man fand nichts »verdächtiges«, und als ich mich als Student und Reserveoffizier legitimierte, waren die Offiziere gleich bereit mich wieder in Freiheit zu setzen, als man aber unter dem Inhalt meiner Taschen zwei polnische Zeitungen und ein Büchlein mit polnischen Gedichten erspähte. Auf die Frage, ob ich Grosspole sei, antwortete ich: »Ich bin deutscher Reichsangehöriger polnischer Nationalität!« »Sie sind Polenführer und grosspolnischer Agitator.« erwiderten darauf die Offiziere, und nach längerer Beratung unter sich, liessen sie mich durch Polizisten und Grenzschutzsoldaten zusammen mit noch drei anderen, in ähnlicher Weise aufgegriffenen Zivilisten ins Gleiwitzer Gerichtsgefängnis abführen. Während dieser ganzen Zeit ergingen sich die Wachmannschaften in den wütendsten Vernichtungs- und Ausrottungstiraden gegen die »polnische Schweineblase im urdeutschen Oberschlesien!« Am 7. Juni wurde ich durch den Untersuchungsrichter Ullmann vom Gleiwitzer Kriegsgericht, »resultatlos verhört«, am 9. Juni mit zwei Taubstummen, am 10. Juni mit einem Mädchen konfrontiert, die in Gegenwart des Untersuchungsrichters erklärten mich nicht zu kennen. Ungeachtet dieser mich nicht belastenden Aussagen behielt mich der erwähnte Untersuchungsrichter Ullmann als »dringend verdächtig« in Haft. Weitere Verhöre fanden von diesem Tage ab nicht mehr statt. Meine zahlreichen Beschwerden ignorierte das Kriegsge-

richt zumeist oder speiste mich mit leeren Phrasen ab, überhaupt gefiel es sich augenscheinlich darin, mich möglichst zu schikanieren. So kassierte es z. B. jeden Brief, in dem ich Ausführliches über meine unrechtmässige Verhaftung an meine Angehörigen schrieb. Mir nachgesandte polnische Abonnementszeitungen und polnische sowie deutsche Bücher wurden mir nie ausgehändigt. Die Ernährung war sehr dürftig. Es ist ferner auch kein Unterschied gemacht worden z. B. meinem Zellennachbar einem berüchtigten Hajokbanditen und mir gegenüber; ich musste, trotzdem ich Reserveoffizier und Kriegsverletzter bin, die niedrigsten und für meinen infolge Verwundung steifen Arm, sehr beschwerlichen Arbeiten verrichten, wie Eimer und Fußboden scheuern usw. Im Weigerungsfalle wurden verschiedene schikanöse »Disziplinarstrafen« auferlegt. Im Grossen und Ganzen jedoch kann ich den Gefängnisbeamten keine Schuld beimessen, weil nicht sie selbst, sondern das Kriegsgericht solche Massnahmen veranlasste.

Erst nachdem es mir gelungen war, einen ausführlichen Brief an meine Angehörigen durchzuschmuggeln und so die Oeffentlichkeit über mein trauriges Los zu informieren, entliess mich das Kriegsgericht nach längeren Verhandlungen am 28. VII. aus der »Untersuchungshaft«, jedoch nur gegen eine Kautions von 10 Mark; dies nämlich deshalb, um den Schein des Rechts nach erfolgter Aufdeckung seiner Intrigen zu wahren; denn bis heute, also nach über drei Monaten, fand keine Terminverhandlung, seit dem 10. Juni auch kein Verhör mehr statt.

Infolge der siebenwöchigen einsamen Einzelhaft und der kümmerlichen Ernährung ist meine Gesundheit, insbesondere meine Nerven, arg mitgenommen. Auch materiell bin ich sehr geschädigt worden. Nicht genug, dass ich den ganzen Krieg mein Studium unterbrechen musste, ist durch Schuld preussisch-deutscher Behörden auch das Sommersemester 1919 für mich verloren. Ich fordere deshalb vom preussisch-deutschen Fiskus wenigstens: Wiederersetzung von 218 Mark Kollegengeldern für Sommersemester 1919 und 550 Mark, die ich für Lebensunterhalt in Breslau während der ersten Hälfte des Semesters, nämlich vom 25. April bis 4. Juni 1919 ausgegeben habe. Ich habe noch hinzuzufügen, dass nach meiner Verhaftung bei meiner Mutter im Chrzumczütz und in meiner Semesterwohnung in Breslau, Gartenstrasse 72, Haussuchungen vorgenommen wurden, jedoch ohne das für die Behörden gewünschte Resultat.

Ich habe noch ferner wegen meiner Verwundung im Kriege nach meiner Entlassung aus dem Heere ca. Anfang Februar 1919 Pensionsansprüche gestellt. Die entsprechende deutsche Behörde hat es aber bis heute nicht für nötig befunden, auch nur irgendwie darauf zu reagieren, es sei denn, dass man meine rechtlose Verhaftung und die Schikanen hinter Kerkmauern als ein Beispiel dafür auffassen wolle, wie Deutschland seinen »Dank« an seine Krieger polnischer Nationalität abstattet.

gez. Theodor Kulik.
stud. jur. Leutnant der Reserve.

Verhandelt Kattowitz, den 8. Oktober 1919.

Ohne Vorladung erscheint der Bergpraktikant Johann Thomalla, 25 Jahre alt, aus Schoppinitz, Gartenstrasse 1 und erklärt an Eidesstatt:

Am 25. August cr. wurde ich mit meinen Brüdern Karl und Anton in Georgenberg durch Grenzschutz festgenommen. Am 6. Oktober wurde ich entlassen, weil ich unschuldig war.

Mit uns wurden noch mehrere Leute festgenommen, von denen 4 gleich standrechtlich erschossen worden sind. Das Verbot der standrechtlichen Erschiessung ist bereits am 20. 8. 19. 2 Uhr nachmittags ergangen. Die Festgenommenen hatten bei ihrer Festnahme keine Waffen in der Hand; sie hatten sich im Postgebäude versteckt. Der diensttuende Leutnant sagte, sie sollten herauskommen, es geschehe ihnen nichts. Daraufhin kamen die Leute heraus und als sie an die Soldaten soweit herankamen, dass letztere auf sie schlagen konnten, haben die Soldaten mit Gewehrkolben auf sie eingeschla-

gen. Einer erhielt zwei Schläge auf den Kopf und brach sofort zusammen. Später hat man ihn in den Wald geschleppt und mit drei anderen erschossen. Einen haben die Soldaten noch hinzugebracht, er war an den Beinen schwer verwundet und konnte nicht mehr stehen. Auch diesen Menschen haben die Soldaten erschossen. Dann mussten wir 3 Brüder und Dudzik die Erschossenen auf einen Wagen laden und in die Leichenhalle fahren, die sich auf dem Friedhofe befand. Dort mussten wir die Leichen abladen und sie blieben in der Leichenhalle liegen. Dann wurden wir gebunden und zunächst nach der Kaserne in Tarnowitz transportiert, wo wir vernommen wurden. Bei der Festnahme, während des Transportes und der Vernehmung wurden wir von Soldaten mit Gewehrkolben und verschiedenen anderen Werkzeugen derart geschlagen, dass ich am ganzen Körper ganz schwarz und blutig wurde. Bis heute bin ich noch krank und arbeitsunfähig. Bei der Festnahme haben die Soldaten mir 125 Mark abgenommen, weil sie voll Blut waren.

gez.: Johann Thomalla.

Weiter erscheint der Grubenarbeiter Karl Thomalla, 19 Jahre alt aus Schoppnitz, Gartenstrasse 1 und erklärt an Eidesstatt:

Die mir vorgelesene Aussage meines Bruders ist richtig und mache ich sie zu der meinigen. Auch ich wurde von den Soldaten stark gehauen. Infolge des Schlagens bin ich bis heute noch krank. Mir haben die Soldaten Mark 50 abgenommen und nicht wiedergegeben.

Karl Thomalla.

Weiter erscheint der Grubenarbeiter Anton Thomalla aus Schoppnitz, Gartenstrasse 1 und erklärt an Eidesstatt:

Die mir vorgelesene Aussage meines Bruders ist richtig und mache ich sie zu der meinigen. Infolge des Schlagens bin ich bis heute noch krank und arbeitsunfähig.

Anton Thomalla.

Weiter erscheint der Grubenarbeiter Alfons Dudzik, 21 Jahre alt, aus Rosdzin, Schmiedestrasse 1 und erklärt:

Die mir vorgelesene Aussage des Thomalla ist richtig und mache ich sie zu der meinigen. Infolge des Schlagens bin ich bis heute noch krank und arbeitsunfähig. Mir wurden von den Soldaten Mark 74 abgenommen und nicht wieder zurückgegeben.

Alfons Dudzik.

Nach dem Ministerial-Erlass vom 31. Dezember 1918 und nach der Verfügung vom 11. 1. 1919 II E-IV. 1919 soll allen Kindern deren Eltern es wünschen, der Religionsunterricht in polnischer, bzw. mährischer Sprache erteilt werden. In einem Dorf in der Nähe Oppelns suchte ein Lehrer auch nach Möglichkeit diesen Verfügungen zu entsprechen und stellte bei den Eltern der Schulkinder durch Kurrende fest, wer für seine Kinder polnischen Religionsunterricht wünsche. Es meldete der grösste Teil der Eltern für diesen Unterricht die Kinder an. Aus der Oberklasse nahmen daraufhin 20 Kinder und aus der Mittel- und Unterstufe 60 Kinder am polnischen Unterricht teil.

Die Zahlen gab der Lehrer auf telephonischen Wege seinem Kreisschulinspektor bekannt, wie es dieser wünschte. Dieses Gespräch muss aber von einer dritten Person belauscht worden sein, denn es begann alsbald eine mächtige Hetze gegen den Lehrer und er wurde bald als Grosspole verschrien. Bald erschien bei ihm, hoch zu Rosse, der Amtsvorsteher, Rittergutsbesitzer Wichelhaus aus Schönwitz und bezichtigte ihn der Treibereien grosspolnischer Propaganda in Gemeinschaft mit dem Pfarrer Paterok aus Zelazno und drohte mit der Anklage wegen Landesverrat. Kurze Zeit darauf erschien der Oberwachtmeister aus Falkenberg bei dem Lehrer und erklärte, dass seine Treibereien an Landesverrat grenzen und stellte unter anderen fest, wieviel Kinder seiner Schule am polnischen Religionsunterricht teilnehmen. Die ihm angegebene Zahl erschien ihm zu hoch und er gab ihm zu verstehen, dass dies wohl ein Produkt der polnischen Propaganda wäre, was er verneinte. Ferner legte er ein polnisches Flugblatt vor mit der Bemerkung, der Lehrer sollte dieses mit dem Bauern Ledwig aus Norok unter die Bevölkerung verteilt haben, was er aber gleichfalls verneinte. Nun tauchte im Dorfe ein Geheimpolizist auf, der den Lehrer unter Kontrolle nahm und 8 Tage lang an verschiedenen Stellen Erkundigungen über ihn einzog und Skizzierungen vom Schulgrundstück vornahm.

Am 16. Juni nachmittags 2 Uhr erschien dieser Polizist in Begleitung eines bewaffneten Offiziers in der Lehrerwohnung und erklärte ihm, dass er soeben den Pfarrer von Zelazno verhaftet hat und dass dasselbe Schicksal ihm bevorstehe, wenn er noch das Geringste in polnischer Angelegenheit unternahme. Nur mit Rücksicht auf seine Familie sehe er von einer Verhaftung vorläufig ab, jedoch werde sich innerhalb 8 Tagen das Schicksal entscheiden. Im Gasthause befragten die Herren verschiedene Arbeiter, ob der Lehrer sofort verhaftet werden soll, was diese mit Nachdruck verneinten. Durch diese Verfolgung und Drohungen ist der Lehrer derart in Angst getrieben worden, dass er glaubte, nicht je-

seres tun zu können, als den polnischen Unterricht sofort einzustellen, da er sich sonst keines anderen Vergehens bewusst war.

Später wurde er zweimal zur verantwortlichen Vernehmung wegen grosspolnischer Propaganda vor die Kreisschulinspektion geladen, wodurch ihm 60 Mark Fuhrkosten verursacht wurden. Der Lehrer wollte wegen Schadloshaltung Klage anstrengen, konnte aber die Namen der Denuntianten nicht herausbekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Dr. Nieborowski u. seine bestellte Arbeit.

Dr. Nieborowski wirft in seiner Schrift, die den Stempel einer bestellten und bezahlten Arbeit an der Stirn trägt, dem polnischen Volk vor, dass es die Religion zu nationalen Zwecken missbraucht und die Nationalität über die Religion stellt. Es ist dies eine unerhörte Beleidigung eines ganzen treu katholischen Volkes, die eher eine glaubensfeindliche Feder als die eines katholischen Pfarrers vermuten liesse. Wie steht es in Wirklichkeit mit dieser Beschuldigung? In Wirklichkeit haben grade die Polen die römisch-katholische Kirchlichkeit durch ihre nationale Eigenart weniger wie die Deutschen beeinflussen lassen und sich im Gegenteil bemüht sie möglichst rein zu erhalten. Welchen deutschen Katholiken fällt es nicht auf, dass in den Kirchen Polens der Gesang während der hl. Messe lateinisch ist, dass die Liturgie sich streng an den römischen Gebrauch hält und die Muttersprache nicht zulässt. Das polnische Volk in Oberschlesien lässt es sich gefallen, dass Geistliche seine polnische Sprache in der Predigt vielfach radebrechen. Es wäre übrigens in Oberschlesien sehr zu empfehlen, dass die polnische Nationalität in den Dienst der Kirche mehr gestellt würde. Der nationale Moment wäre im Kampfe gegen den sozialistischen und gottlosen Internationalismus sehr behilflich. Deshalb machen wir die Erfahrung, dass in den Gemeinden Oberschlesiens, in denen die poln. Nationalität gepflegt wird, es keinen Raum giebt für die kirchenfeindliche Sozialdemokratie und umgekehrt, dass in den Gemeinden, in welchen germanisiert wird und in welcher die Germanisierung Fortschritte gemacht hat, die Sozialdemokratie und der Protestantismus resp. die Glaubensgleichgültigkeit Triumphe feiert. Aber manchem bonierten und verblendeten deutschen Katholiken war der deutsche Sozialdemokrat lieber als der „Grosspole“ und den Sozialismus durch den Polonismus bekämpfen hiess bei ihm, den Teufel durch den Belzebub austreiben.

Wenn Dr. Nieborowski den unglaublichen Vorwurf den Polen ins Gesicht schleudert, dass sie die Religion zu nationalen Zwecken missbrauchen, so muss er sich den Gegenwurf gefallen lassen, dass er den Balken in seinem eigenen Auge und in dem seiner deutschen Volksgenossen nicht sieht, während er den Splitter in dem polnischen Auge kritisiert. Hat gerade er nicht aus nationalen Zwecken die Wallfahrt zu dem Grabe der hl. Hedwig nach Trebnitz arrangiert? Die hl. Hedwig soll bei Gott erbitten, dass das katholische Oberschlesien bei dem protestantischen und sozialistischen Preussen bleiben möchte!! Heisst dies nicht die Religion zu nationalen Zwecken missbrauchen, wenn er sich sogar mit einem gewissen Haik, den die Zeitungen als sozialistischen Agitator der Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens hinstellen, vereinigt und solche Wallfahrten mit ihm veranstaltet?

Bekanntlich hat Dr. Nieborowski die polnische Sprache, der schon sein Vorgänger in der Kirche enge Grenzen gezogen hat, besonders was den Kirchengesang betrifft, immer mehr verdrängt, ja fast beseitigt. Herr Doktor, wie können Sie es wagen, die polnischen Fenster einzuwerfen, wenn Sie selbst in einem Glashause sitzen! Stehen Sie ab von dem Versuche aus dem polnischen Auge die Splitter hinwegzuoperieren und stellen Sie lieber eine Rodemaschine auf für den Wald des deutschen Missbrauchs der Religion und der Kirche zu nationalen Zwecken. Es muss Ihnen doch das Küstersche System in der Diözese Breslau fluchwürdigen Andenkens bekannt sein. Es muss Ihnen doch bekannt sein, dass polnische Geistliche nur wegen ihrer Anhänglichkeit an die polnische Nationalität keine feste Anstellung in Oberschlesien erhalten konnten und das karge schwarze Brot der Diaspora essen mussten. Es muss Ihnen aus den Zeitungen bekannt sein, dass noch unlängst der Vertreter des Bischofs Bloeschke den Wunsch eines oberschlesischen Pfarrers, ihm tüchtige Kapläne zu schicken, mit der Begründung zurückgewiesen hat: Es geht nicht, denn dies sind doch Grosspolen! Es muss ihnen doch ferner bekannt sein, dass das offene Bekenntnis zum polnischen Volke den Geistlichen in der Diözese Breslau als das grösste Verbrechen angerechnet wurde. Typisch ist die Aussage eines Geistlichen: „Es liegt gegen mich nichts vor, Pole bin ich nicht.“ Es muss Ihrem Spürsinn nicht entgangen sein, dass vielfach polnische Geistliche, die zur Strafe für ihre Liebe zum Polentum in die Diaspora verbannt wurden, dort ihren polnische Parochianen nicht einmal polnisch predigen dürften. Erinnern Sie sich auch des Falles „Moabit“, wo das Erscheinen mit polnischen Vereinsfähnen zur Feier der Erstkommunion polnischer Kinder des Staatsverbrechens gestempelt wurde, sodass Gendarmen unter Gutheissung Ihrer deutschen Confratres in die Kirche eindringen und die Feier störten. Die ganze gesittete Welt weiss es, dass in Deutschland allein polnischen Kindern in den deutschen Schulen der Unterricht in der Muttersprache,

selbst in der Religion, verboten war, während selbst in dem wegen Intolleranz verschrienen Russland das Recht auf den Unterricht in der Muttersprache wenigstens im Fache der Religion nicht angetastet wurde.

Nur in der Diözese Breslau war es möglich, dass ein Rassek sogar den Beicht- und Kommunionunterricht zur Germanisierung der polnischen Kinder empfehlen konnte und von vielen seiner geistlichen Mitbrüdern gehört wurde. Rassek hat aber nur deshalb diesen fragwürdigen Mut gehabt, weil er wohl wusste, dass sein Bischof derselben Auffassung war. Es wird Ihnen, Herr Doktor des Kreuzritterturns, wohl gewiss bekannt sein, dass Kardinal Kopp gleich am Anfang seiner polenfeindlichen Regierung geheime Erlasse an die Erzpriester zur Förderung der Germanisation durch den Beichtunterricht und durch den Gottesdienst erlassen hat. Dieser deutsche Bischof hat sich die Gunst nicht nur der hakatistischen Regierung (Schwarzer Adlerorden etc.) erworben, sondern auch die der deutschen hakatistisch-protestantischen Kreise und zwar nur wegen seiner Germanisierung. Die Stadt Breslau hat ihn dieserhalb zum Ehrenbürger ernannt und der protestantische Dr. Tschackert stellte ihm das Zeugnis aus: „Kopp hat in Schlesien die nationalen Interessen geschützt.“ Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass diese Kreise eifrig nach einem ähnlichen Nachfolger Umschau hielten.

Viel besprochen wurde seinerzeit, dass die Regierungsräte in Automobilen vor die Wohnungen der Domherren, denen die Wahl des neuen Bischofs oblag, voführen. Vielleicht aus Liebe zur katholischen Kirche, Herr Doktor? Richtig wählten auch die Domherren, die sich von dem Kardinal Kopp in dem Hasse gegen das Polentum in nichts unterschieden, den Kandidaten der Regierung, dessen Name auf der Kandidatenliste mit dem Vermerk prangte: „Nur dieser Kandidat kann auf Bestätigung rechnen.“ Die „Neisser Ztg.“ brachte interessante Informationen über den Verlauf der Bischofswahl, aus der ein Bischof hervorging, der in kürzester Zeit sich derartig alle Sympathien der polnischen Diözesanen verschert hat, dass in Oberschlesien die Los von Breslau-Bewegung aufloderte, die nicht mehr eingedämmt wird.

Ich rate Ihnen, Herr Doktor aus Reichthal, sollte über Sie nochmals die Versuchung, über den Missbrauch der Religion und der Kirche zu nationalen Zwecken zu schreiben, kommen, zunächst den Abschnitt in der hl. Schrift vom Pharisäer und Zöllner verständnisvoll zu betrachten. Wie könnte auch mit reinem Gewissen ein Angehöriger der deutschen Nation einer anderen Nation ein derartigen Vorwurf machen! Die Geschichte lehrt, dass gerade die Deutschen schon in der frühesten Zeit die Kirche zur Magd des Staates herabwürdigten wollten, den sogen. Caesaropapismus einführen wollten. Gerade in deutschen Ländern wurde in der Reformationszeit der Grundsatz aufgestellt: *cujus regio, illius religio*, wonach der Fürst und Grundherr sogar die Religion seiner Untertanen bestimmen durfte. Und in neuerer Zeit hat Bismarck den Kulturkampf entfacht, in der Absicht, die Kirche zu staatlichen Zwecken zu missbrauchen. *Medice, cura te ipsum!* Heilen Sie sich, Herr Doktor, selbst und Ihre deutschen Brüder vor der Schwäche, die Sie den Polen nachsagen.

Das polnische Volk kann sich in Anbetracht Ihrer Schmähungen mit den Lobsprüchen der hl. Väter trösten, die oft und vor aller Welt die Treugläubigkeit der poln. Katholiken bezeugten. Hat doch ein hl. Vater die schönen Worte der Anerkennung zu den Polen, die ihn um Reliquien baten, gesprochen: „Was wünscht ihr von mir Reliquien? Nehmt eine Krume eures Erdreiches und ihr habt die schönste Reliquie“, und ein anderer hl. Vater rief aus: „Polonia semper fidelis, Polen war stets in Treue der kath. Kirche ergeben“. Was gilt die niedrige Schmähung des poln. Volkes seitens eines Dr. Nieborowski gegenüber etnes solchen Lobes! Nur Hass und Vorurteil gegen das poln. Volk hat Ihnen, Herr Doktor, die Feder in die Hand gedrückt.

Was sagt aber der deutsche Schriftsteller Jentsch: „Es giebt nichts, was die gescheitesten Leute so dumm macht, wie ein aus Hass geborenes Vorurteil.“ Geben Sie sich, Herr Doktor, nicht der Täuschung hin, dass das polnische Volk Oberschlesiens sich von ihrem Hasse und Vorurteil anstecken lassen wird, nein, die Liebe zu der gemeinsamen Sprache und Naturalität und zu der gemeinsamen Religion wird die oberschlesischen Polen zu der staatlichen Einheitlichkeit mit allen anderen Polen führen. Das Plebiszit wird Ihnen dies glänzend beweisen. *Qui vivra, verria.*

Semper idem.

Die Polen werden weiter tyransiert.

Ein Brief aus Lipine.

Wie man uns weiter zu unterdrücken sucht, will ich ein Beispiel anführen. Es ist auch ein Bild, von der Freiheit im republikanischen Deutschland. Hier in Lipine haben wir über 65% polnisch denkender Einwohner. Selbstverständlich lesen fast alle den »Weissen Adler«. Nun ist aber unser Ortskommandant besonders pflichteifrig. Er hält es für seine Pflicht als guter Patriot, die Burschen, die den »Weissen Adler« oder »Gazeta Polska« austragen von der Strasse zu verjagen. Nicht genug damit, kamen am Sonnabend den 18. einige Soldaten in die Buchhandlung Kowol und verbotenen den »Weissen Adler« zu verkaufen. Am Tage darauf kamen sogar fünf Soldaten mit Handgranaten und rissen alle pol-

nische Karten und Schriften von den Wänden. Auch die schönen Titel wie »polnische Schweine« u. s. w. wurden wieder gebraucht. Als Grund zu diesem Auftritt gaben die Soldaten an, »hier wäre Deutschland«. Das ist echte deutsche Bildung und Kultur. Der Vertreter des Herrn Kowol fragte telegraphisch bei der »Gazeta Opolska« an, ob der »Weisse Adler« auch wirklich verboten ist. Die Antwort wurde in dem Fenster ausgehängt. Das schien den Herren von der Marine-Division nicht zu gefallen. Zunächst wurde das Telegramm abgeholt. Als man es für richtig befunden hatte, brachte man den Entschluss vom Kommandanten: »Der »Weisse Adler« darf nicht verkauft werden, weil er gegen den Grenzschutz schreibt«. Zugleich wurden alle noch vorhandenen Nummern beschlagnahmt. Soweit wir nun im sozialen Deutschland gekommen, das ein Leutnant entscheidet, was die Bewohner einer 18 000 Seelen starken Ortschaft lesen dürfen. Wir möchten gerne wissen, ob der Herr Ortskommandant die Macht dazu hat, oder aus Polen Hass auf eigene Verantwortung gehandelt hat. Was die deutsche Knute nicht vermochte, soll nun durch Verbot der missliebigen Zeitungen erreicht werden. Aber das ist vergebliche Mühe. Was wir empfinden, kann weder durch Gewehrkolben und Gummiknittel, viel weniger durch die Enthaltung der Zeitung ausgetrieben werden. Ich will nur die Niedrigkeit der Rache dieser Herren hervorheben. Für das was der »Weisse Adler« schreibt, sind Beweise da. Die Herren vom Grenzschutz können garnichts entgegenzusetzen. Ihre Rache ist es nun Zeitungen zu verbieten und Buchhandlungen zu plündern. Ueber Unterdrückung der Deutschen wird grosses Geschrei gemacht, wie man uns hier behandelt, sehen sie nicht.

Aber wehe euch, euer Mass ist bald voll. Nicht zu langer Zeit sind wir vom germanischen Joch befreit. Die Schandtaten euer Soldateska werden auch mal gerächt werden. Was ihr in diesem ersten Jahre der Revolution geleistet habt, wird ein Kapitel der Schande in der Weltgeschichte werden. Man braucht nur an den Mai in München und den August in Oberschlesien zu denken. Ihr aber die ihr an der Spitze der Schergen steht, auch eure Stunde wird kommen. Auch Robespierre und Danton wurden gestürzt. Ihr habt auch denselben Namen geschaffen.

H. M.

„Wenn sie noch ein Wort sprechen, breche ich ihnen das Genick“.

Seit Anfang September d. J. sind bei mir in meinem möblierten Zimmer 6 Reichwehrgesoldaten mit Gewalt einquartiert worden. Der betr. Quartiermacher gab mir die Versicherung, ich bekäme nur anständige Leute. Nach etwa zwei Wochen, als meine Frau das belegte Zimmer einer Kontrolle unterzog, ob alles in Ordnung sei, hatte diese zum größten Bedauern außer anderen Schäden festgestellt, daß die Trauringe verschwunden waren. Einer von den Soldaten meldete diesen Vorfall auf der Schreibstube, worauf an demselben Abend der Feldwebel kam und mich fragte, wo die Trauringe aufgehoben waren, ich erwiderte: »Im Vertikow«. Hierauf sagte er: »Es ist mir Recht, noch mehr sollen sie bestohlen werden!« Auf diese Antwort erwiderte ich ihm, daß ich auf solche Redensarten mit ihm nicht weiter spreche. Wie ich mich nun entfernen wollte, fing er an großen Krach zu machen und drohte mir: »Wenn sie noch ein Wort sprechen, breche ich ihnen das Genick!« (Bemerkte sei, daß die Hand des Panie Feldwebels schon nach mir ausgestreckt war.) Dann schlug er mit meiner Tür aus voller Wucht so heftig zu, daß ich dachte die fällt in tausend Splitter. Solche Beschützer brauchen wir hier nicht.

K., Kr. Oppeln, 5. X. 1919.

... Landwirt.

„Ein geheilter Polenfreund“ oder die genarrte „Schles. Zeitung“.

Aus Knurów wird der »Schlesische Zeitung« geschrieben...

»Ungefähr im Juni d. J. versuchten auf der hiesigen Grube streikende Bergarbeiter den in Oberschlesien so beliebten Sport des Karrenfahrens der Beamten vorzunehmen. Die Schuldigen sollten sich vor dem Strafrichter verantworten, jedoch der Haupttätersführer namens Nocoń entzog sich seiner Verhaftung durch Flucht über die Grenze. Vor kurzem ist Nocoń aus Polen zurückgekehrt und hat sich bei der hiesigen Polizei gestellt. Er erklärte dabei, er wolle lieber seine verdiente Strafe abbüßen, als einen Tag länger in Polen zu bleiben. Er sei früher begeisterter Polenfreund gewesen, jetzt aber gründlich geheilt. Er sei zwangsweise ins polnische Heer gesteckt, wo es mehr Prügel als Essen gab, überhaupt habe ihm die ganze Luderwirtschaft nicht mehr gepasst. — Ähnliche Urteile hört man täglich von den zurückgekehrten Aufständischen«.

In Wirklichkeit ist die »Schl. Ztg.« einer schlimmen Mystifikation zum Opfer gefallen; denn Nocoń ist nicht über die Grenze nach Polen geflüchtet sondern ist nach längerem Umherirren in der Umgegend nach dem Westen ausgewandert und hat sich ungefähr 2 Monate im Grenzschutz versteckt. Also liebe

»Schl. Ztg.«, nicht im polnischen Militär sondern in der deutschen Soldateska hat Nocoń sein Heil gesucht, bis er entdeckt und dem Gericht als Kommunist zur Aburteilung zugeführt wurde; denn es handelte sich bei dem »Kommunisten« nicht um einen grosspolnischen Putsch, sondern um eine kommunistische Arbeiterrevolte. Mag sich die »Schl. Ztg.« gesagt sein lassen, dass die Wunden, die das Deutschtum in Oberschlesien dem Polentum geschlagen hat, nicht sobald heilen werden, ja sie werden bei der nahen Befreiung unseres unglücklichen Landes von dem Joch und dem Matrium der Fremdherrschaft sich zum Schrecken der Verfolger wieder öffnen. In Oberschlesien werden wir in Kürze nicht geheilte Polenfreunde haben, sondern Legionen an geheilten und gründlich kurierten Deutschenfreunden zählen. Allerdings wird man in Breslau, das als der »Hort des Deutschtums« im Osten bei dem Empfange des Deutschen Präsidenten S. M. (Sattler-Meister) Ebert gepriesen wurde, über diese unerwartete wunderbare Kur keine Freude haben. Empfangen Sie, liebe schlesische Hakatistin, mein ganz besonderes Beileid aus Anlass Ihres jetzigen und zukünftigen Reinfalles.

Ein Nocoń'scher Landsmann aus Knurów.

Die „Schlesische Volkszeitung“ über polnische Klagen.

In Nummer 521 vom 22. Oktober bringt die »Schl. Volksztg.« eine Zuschrift ihres früheren römischen Korrespondenten unter dem Titel »Polnische Klagen« und geben wir dieselbe wörtlich wieder.

»Polen hat sich beeilt, eine geordnete diplomatische Verbindung mit dem Hl. Stuhle herzustellen, und dieser hat in Warschau eine Nunziatur errichtet und den ehemaligen apostolischen Visitator zum Nunzius ernannt. Unmittelbar darauf wurden die Verhandlungen behufs Vereinbarung eines Konkordates aufgenommen und da, wie verlautet, beiderseits die beste Gesinnung vorhanden ist, darf billigerweise mit einem baldigen Abschlusse gerechnet werden. Zweifellos waren es neben den idealen Gesinnungen auch sehr reale Zwecke, die man in Warschau dabei verfolgte, nämlich die Absicht, sich des Hl. Stuhles als eines politischen Instrumentes bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit zu bedienen. Solches ist denn inzwischen auch geschehen, denn wie wir kürzlich durch die »Politisch-parlamentarischen Nachrichten« aus Warschau erfahren, hat der apostolische Nunzius Msgr. Ratti eine aus Oberschlesien zusammengesetzte Abordnung empfangen, die für das oberschlesische Volk Gewährleistung der Gewissensfreiheit während der Volksabstimmung verlangt. Es ist selbstverständlich das Recht und die Pflicht des Nunzius, derartige Wünsche anzuhören und entgegenzunehmen und niemand wird sich daran stossen, daß er »der Abordnung einen freundlichen Empfang bereitet hat«. Wenn jedoch die gleiche Meldung besagt, er habe die Versicherung gegeben, »daß er all seinen Einfluß geltend machen werde« und »auf die Bitte der Warschauer Regierung beim Apostolischen Stuhle in Sachen des oberschlesischen Volkes schon vorher interveniert habe« und »der Apostolische Stuhl sei aus diesem Grunde bei der Entente (!?) auch bereits vorstellig geworden und habe gebeten, dem Leiden (!) des polnischen Volkes in Oberschlesien ein Ende zu bereiten«, so sehen wir uns veranlaßt, diese Behauptung so lange zu bezweifeln, als nicht ihre Bestätigung vorliegt. Es erscheint in der Tat auch kaum annehmbar, daß man in Rom lediglich auf die Denunziation einer Partei hin, deren Leidenschaftlichkeit ihrer Urteilsfähigkeit sehr abträglich ist, sich in eine diplomatische Demarchie gestürzt haben sollte. Aber was noch weniger glaubwürdig klingt, ist die Tatsache, daß der Hl. Stuhl sich nicht an Deutschland gewendet haben sollte, um, vorausgesetzt, daß sich die Beschuldigungen bewahrheiten würden, dieses zu einer versöhnlicheren Haltung zu stimmen, sondern an Deutschlands Feinde, um durch sie einen Zwang auszuüben. Wir halten ein solches Vorgehen für ausgeschlossen, um so mehr als es den Gepflogenheiten der vatikanischen Politik direkt widerstrebt. Und wir glauben, mit dieser Annahme das Richtige zu treffen, nachdem auch eine vatikanische Meldung des »Momento« (vom 11. September) besagt, die polnische Regierung sei sehr befriedigt davon, daß der Hl. Stuhl mit solcher Besorgnis die Bitte aufgenommen hat, sich bei der deutschen Regierung für das Los der Polen Oberschlesiens einzusetzen. »die den deutschen Quälereien ausgesetzt sind«. Dieselbe Meldung besagt weiter, daß »das Eingreifen des Papstes in der wirksamsten Weise erfolgt ist, man zweifelt jedoch, ob es greifbare Folgen haben werde und zwar nicht aus Mangel an gutem Willen seitens der deutschen Regierung, sondern weil diese gegenüber der Lage in Oberschlesien, wo sich eine unabhängige Republik zu bilden im Begriffe steht, jedwedes Ansehen (Autorität) eingebüßt hat«. Über das Letztere wollen wir nicht streiten. Daß der Hl. Stuhl die Klage aufgenommen und zum Gegenstand von Vorstellungen bei der deutschen Regierung gemacht hat, ist so ziemlich außer Zweifel, da auch die (damals noch offiziöse) »Unita Cattolica« vom 8. u. 9. September die Tatsache bestätigt. Eine völlige Klarstellung von amtlicher Seite wäre auf alle Fälle sehr erwünscht.

Nun noch einige Worte zu einer anderen Seite der Sache ungefähr zu gleicher Zeit, da die polnische Regierung beim Apostolischen Stuhle vorstellig geworden ist, haben sich die Juden Jerusalems

an denselben Hl. Stuhl gewendet und seinen Schutz für die verfolgten Juden gegen die polnische Regierung anrufen, damit den Pogromen, die man ja auch polnischerseits nicht mehr leugnet, Einhalt getan werde. Man wird nun einwenden, daß dieselben Juden, die keinen Finger gegen ihre eigenen Glaubensgenossen, die Budapester Bluthunde Bela Khun, Szamuely und Konsorten rührten, als diese im Christenblut wädeten, das Recht verwirkt haben, anderer Leute Schutz, für ihre Glaubensgenossen anzurufen und daß diese viel besser täten, zuerst also einmal vor der eigenen Türe gründlichst zu kehren. Einverstanden. Aber das gleiche gilt auch von der polnischen Regierung und von ihr umsomehr, als unter ihren Augen, mit ihrem Wissen und mit ihrem Willen nicht nur Juden, sondern in der Ukraine und Litauen Katholiken und selbst katholische Priester verfolgt werden. Ich erinnere die polnische Regierung an die Tatsache, daß es polnische Legionäre waren, die die Priester Palenskyj, Lapatenskyj, Pelech und andere ohne Gerichtsverfahren erschossen, den Pfarrer Demtschuk von Sokal gehängt, das Basilianerkloster bei Zolkiew ausgeplündert, die kostbare Bibliothek und die Kunstsammlungen des Klosters vernichtet, die Kirche von Damazyr geschändet, die ruthenischen Gottesdienste in Lemberg verboten, die Teilnahme an kirchlichen Begräbnissen untersagt haben. Ich innere die polnische Regierung daran, daß sie Litauische Priester wie den Pfarrer Slabschis verhaften, ausweisen, mißhandeln und ins Gefängnis abführen ließ, daß der Pfarrer Swirkis wie ein Verbrecher von Polen gefesselt zur Bahn geführt wurde, daß sie aus der Kathedrale von Seiny eine Telefonstation gemacht haben und die Proteste der Bischöfe vollkommen unbeachtet gelassen haben.

Ich begnüge mich mit der Anführung dieser wenigen Tatsachen, die allein schon zum Beweise genügen, daß die Warschauer Regierung kein Recht besitzt, Klage über angebliche Quälereien der Polen in Oberschlesien zu führen, zumal ihr ja die Ouittung für ihre Behauptung von der alliierten Kommission bereits ausgestellt worden ist. Dem Hochw. Herrn Apostolischen Nunzius jedoch gestatte ich mir, mit der schuldigen Ergebenheit gleichfalls diese ihm möglicherweise nicht bekannten Dinge zur Kenntnis zu bringen und im Namen der christlichen Solidarität die Bitte zu unterbreiten, die polnische Regierung bei der nächsten Gelegenheit, da diese glaubt, Grund zu Klagen zu haben, auf diese Dinge hinzuweisen.

Friedrich Ritter von Lama.

Das grösste Hakatistenblatt hätte nicht nötig, sich dieses Artikels zu schämen und sind wir überzeugt, daß unsere Leser mit der gleichen Empörung erfüllt sein werden, wie jeder rechtlich denkende Mensch. Beschämend ist es für die Katholiken, daß die »Schlesische Volkszeitung« den Artikel ohne Kommentar abdruckt, der den Polen das Recht abspricht Klage zu führen und von Unwahrheiten gegen dieselben strotzt. Wenn Ritter von Lama über »angebliche« Quälereien von Polen in Oberschlesien schreibt, so kann man nur annehmen, daß er die ganzen 9 Wochen welche seit der Zeit des Aufstandes vergangen sind, geschlafen haben muß. Wir empfehlen ihm die Lektüre des »Weissen Adlers« und wenn ihm dies nicht genügt, so sind wir gern bereit, ihm auch noch die Photographie des Lehrers Janas aus Ruda zu senden, welcher den Matyrer Tod durch die Peiniger des oberschlesischen Volkes gestorben ist. Ebenso raten wir dem römischen Korrespondenten, sich über die angeblichen Judenpogrome zu orientieren, aber nicht aus der jüdischen Presse, sondern aus einer reinen Quelle. Im übrigen werden wir wohl auch noch die anderen Lügen der Korrespondenz richtig stellen können, wenn wir erst das Material dafür zur Hand haben.

Nr. 18 vom „Schwarzen Adler“.

Man muß es dem »Schwarzen Adler« schon lassen, Inhalt und Ton stehen auf der gleichen Höhe wie seine Verdrehungen. Welche Zeitung Oberschlesiens hat eine Auflage von 70 000 Exemplaren? Diese Riesenzahl hat der »Schwarze Adler« in Kattowitz. Das ist Größenwahn und ich werde weiter nachweisen, daß das Blättchen trotz seines einmaligen Erscheinens in der Woche das Bedürfnis hat, sich öfter zu blamieren. Meiner Ansicht nach ist es Aufdränglichkeit, wenn ein Blatt mit einer Auflage von 70 000 Exemplaren sich durch andere Blätter ungebeten einschleicht. So erhielt ich dieser Tage die Nr. 3 des »Oberschlesiens« und daran klebte das Sudelblatt Nr. 18 vom »Schwarzen Adler«. Mag sich der »Oberschlesier« bei Ihnen, »Schwarzer Adler«, bedanken, wenn Sie sich ihm als »Katze mit der umgehängten Schelle« »anhauen«. So denken viele und verlieren jedes Vertrauen zum »Oberschlesier«.

Was Sie, »Schwarzer Adler«, mit der Abbildung der grauenhaften Darstellung des »Goniec Krakowski« bezwecken, wissen wir. Aber es nimmt sie trotz ihrer angegebenen 70 000 Exemplare kein Mensch ernst. Daß die deutschen Soldaten nicht menschlich handelten, werden wir erst richtig erfahren, wenn die Verhandlungen über die Greuelthaten und Verwüstungen in Belgien, Polen, Nordfrankreich und Kurland veröffentlicht werden. Sie verschlafen alles, wenn es

sich um ein Unrecht der Deutschen handelt. Aus Kurland werden manche »Befreier« zurückkommen, fragen Sie diese, wie sehr das »Rote Kreuz Kurlands« über deutsche Soldatengreuel protestiert; über polnische Soldaten hat sich kein Rotes Kreuz beklagt. — Wilson haben die deutschen Zeitungen auch nach allen gemeinen Arten in Bildern satyrisch abgebildet und hinterher an diesen Mann um Gerechtigkeitsfrieden appelliert.

Möchten doch Ihnen. »Schwarzer Adler«, einmal die lumpigen Schleier fallen, um zu sehen, daß Polen die heutigen elenden Zustände lediglich der unseligen Okkupationszeit durch Deutschland zu verdanken hat. Wenden Sie sich, bitte, an die Entente-Kommission in Kattowitz und fahren Sie nur nach Polen hin und lassen sie sich von den Leuten die Klagelieder wiedergeben; Sie werden anders urteilen; oder fahren Sie nach Birkenhain zum Amtsekretär Hain, er wird Ihnen bestätigen, ob er dort verhungert ist.

Weinen Sie in Ihrem Mitleid um Polen nicht, sondern arbeiten Sie für Deutschland, damit es fortkommt, denn bis 1. Mai 1921 muß es die erste Rate Kriegskosten von 20 Milliarden Mark (Gold) bezahlen. Ich kann Ihnen zu Ihrer Anfeuerung verraten, daß Deutschland nicht imstande sein wird, die Schulden zu bezahlen. Sie werden doch nicht so borniert sein, wenn Sie eine Auflage von 70 000 Exemplaren haben, um nicht einzusehen, daß ein neuer Staat nicht reich beginnen kann. Schlimmer steht es mit Deutschland; es war reich und ist durch den Hakatismus, dessen Opfer Sie auch sind, so verarmt, daß es wirtschaftlich erledigt ist. — Sie glauben's natürlich nicht, denn Ihr Horizont reicht noch nicht so weit. Kleinen Kindern geht's ähnlich... Das ist zu entschuldigen, denn gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens. —

Ihre Freude über den Sturz der polnischen Mark kann ich verstehen; aber wer zuletzt lacht, lacht am besten. Im übrigen verrate ich Ihnen, daß die deutsche Mark einen sehr traurigen Stand schon hat und noch mächtig fallen wird. — Also lassen Sie diese Kindereien.

Am schönsten ist ja der Artikel über die Volksabstimmung. Sie müssen also alle in Oberschlesien Geborenen erst nach Oberschlesien fahren lassen. Doch auf Staatskosten? Fahrt wird vergütet! Na das wird ein »Begießen« des Wiedersehens geben! Ich zapple schon darauf! In dem verarmten Deutschland bitte ich Sie, doch vorzuschlagen, am Wohnort selbst, außerhalb Oberschlesiens wählen zu lassen. Hierfür sprechen folgende Gründe: 1. Schlechte Bahnverbindung, 2. Mehrbelastung der Personenzüge, 3. der arme Staat Deutschland muß doch die Fahrt ersetzen und kann vor Schulden nicht mehr hoch, 4. so viel Rücksicht müßten Sie als ehrlicher Retter Deutschlands und Ihr bedeutendstes Blatt Oberschlesiens mit 70 000 Exemplaren Ihren treuen Abonnenten sehr rasch beizubringen verstehen, 5. die Unterkunft und Verpflegung ist doch nirgends mehr gut, auch in Oberschlesien nicht, 6. es wird wieder gebummelt und während der Abstimmungsperiode nicht gearbeitet, 7. weiß ich, weshalb die Wahlen in dieser Weise eingefädelt werden.

Sie können lachen, daß sie unter dem Schutz des Belagerungszustandes schwindeln können wie Münchenhausen. Der »Oberschlesier« will als Gratisexemplar nicht mehr erscheinen. Schmieren Sie doch der »Kattowitzer Zeitung« oder der »Ostdeutschen Morgenpost« einige Zehntausende Ihrer 70 000 Exemplare an, mögen die sich jetzt den Kopf zerbrechen, wie sie Ihr erstklassiges Hakatismenblättchen umsonst verschieben, denn Auflage und zahlende Abonnenten, das ist ein gewaltiger Unterschied.

Ergebenst

Observator.

Deutsche Rechtsverhältnisse.

Nichts kennzeichnet die wahren Zustände eines Landes besser, als seine Justizverhältnisse, daher möchte ich nicht versäumen, aus meinen traurigen Erfahrungen mit der preußischen Justiz dem geschätzten Leser des »Weissen Adlers« einiges zu berichten.

Ich vermute vielleicht mit Recht, daß viele Leser so etwas selbst von der preußischen Justiz nicht für möglich halten, da es fast zu ungeheuerlich ist, um es für wahr zu halten.

Ich habe eine Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts, des Reichsgerichts in Leipzig, erhalten, die folgendes besagt:

VII 44/1919.

Beschluß:

In Sachen des Ingenieurs G. von Hitschler in Hindenburg O.-S., Kopstr. 19, Klägers und Revisionsklägers, Prozeßbevollmächtigter Justizrat Schrömbgenz in Leipzig

wider die

Deutsche Volksbank, e. G. m. b. H., in Königshütte O.-S., Beklagte und Revisionsbeklagte hat das Reichsgericht VII, Zivilsenat, in der nichtöffentlichen Sitzung vom 26. September 1919 beschlossen:

Der Antrag des Klägers, ihm gemäß § 33 der Rechtsanwaltsordnung einen Rechtsanwalt für die Revisionsinstanz, zunächst zur Anbringung eines Gesuches um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen den Ablauf der Revisionsfrist beizuordnen,

wird wegen Aussichtslosigkeit der weiteren Rechtsverfolgung abgelehnt, vgl. Beschluß vom 13. Mai 1919.

Gründe:

Der Kläger hat zwar bei Anbringung seines Antrages die unterzeichneten Richter des beschließenden Senats wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt, der Senat hat aber kein Bedenken getragen in seiner gegenwärtigen Besetzung zu entscheiden.

In feststehender Rechtsprechung des Reichsgerichts ist den ordentlichen Gerichten die Befugnis zugebilligt, über eine mißbräuchliche Ausübung des Ablehnungsrechts als unbeachtlich hinwegzusehen. Mißbrauch liegt vor, wenn das Gesuch nicht ernstlich gemeint ist, nur zur Verschleppung oder aus Schikane angebracht wird (RG. Bd. 44 S. 402, Bd. 92 S. 230, b. Grch. Bd. 48 S. 388, Reg. Bd. 30 S. 273). Unzulässig ist namentlich eine Ablehnung, die lediglich darauf gestützt werden könnte, daß der abgelehnte Richter an einer einen Parteienantrag zurückweisenden Entscheidung beteiligt war, oder hierbei unterzeichnet hat (RG. b. Grch. Bd. 45 S. 1089). Das trifft auf den gegenwärtigen Fall zu.

Gegen keinen der abgelehnten Richter ist etwas anderes vorgebracht, als daß er an früheren Entscheidungen in der Angelegenheit des Klägers teilgenommen hat und daß er wegen Ausübung dieser richterlichen Tätigkeit vom Kläger bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden sei.

In der Sache selbst hat sich auch bei erneuter Prüfung die Aussichtslosigkeit der beabsichtigten weiteren Rechtsverfolgung ergeben.

Auf weitere Eingaben in dieser Angelegenheit hat der Kläger einen Bescheid nicht mehr zu erwarten.

gez. Predari. Specht. Hetzel. Ungewitter, Schirmmacher. Mentzel. Schliewen.

Dieser Beschluß besagt die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts, daß man sich in Deutschland selbst Richter gefallen lassen muß, die man wegen vorsätzlicher Rechtsbeugung in der gleichen Sache angezeigt hat.

In Breslau hat der Vorsitzende Klover das Gesetz verletzt indem er § 139 ZPO. überhaupt nicht beachtet hat und ein einfach unerhörtes Urteil zu stande gebracht. Er ist deswegen samt den Richtern des 8. Zivilsenats Breslau wegen vorsätzlicher Rechtsbeugung angezeigt worden und die Revision beim Reichsgericht eingelegt. Dort legte mein Anwalt, als er erfuhr, daß ich die Richter in Breslau angezeigt hatte, die Vertretung nieder und ich konnte keinen erhalten.

Die obigen Richter des Reichsgerichts aber lehnten meine Revision ab, ohne die Breslauer Gesetzesverletzung zu beachten, vielleicht um die dortigen Richter nicht bloßzustellen. Darauf zeigte ich auch diese Richter des Reichsgerichts wegen vorsätzlicher Rechtsbeugung an und lehnte sie ab, und beantragte die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, mein gesetzlich garantiertes Recht.

Darauf dieser Beschluß, der nicht nur besagt, daß man sich in Deutschland Richter gefallen lassen muß, die man wegen Mogelei angezeigt hat, sondern, die das Recht brutal vergewaltigen und einfach erklären, man bekommt überhaupt keine Antwort! So sieht Deutschland über alles aus!!

Oberschlesier erkenne Deine wahren und ehrlichen Freunde und

stimme für Polen bei der Volksabstimmung!

Zabrze (Hindenburg), den 25. Oktober 1919.

Gustav von Hitschler.

Tartaren-Nachrichten.

Der »Schwarze Adler« droht allen denen, die früher deutsch gesinnt waren und heute sich für Polen ausgeben, daß er sie an den Pranger stellen wird. So erzählt er auch von einem großpolnisch-gesinnten Grafen, zu welchem einige früher deutsch jetzt polnisch gesinnte Bürger kamen, da sie ihn für den künftigen polnischen Landrat hielten und vor ihm ihre polnische Gesinnung dokumentieren wollten. Dieser Graf notierte die Namen der Leute und teilte sie dem jetzigen Landrat mit, mit der Bemerkung, daß man ihnen ins Gesicht spucken sollte.

Wir halten diese Nachricht für erfunden, denn erstens giebt es in Oberschlesien keinen großpolnisch gesinnten Grafen, zweitens würde ein solcher nicht so gemein sein, Leute zu denunzieren, die sich ihm anvertrauen, dann aber auf keinen Fall ihnen übel nehmen, daß sie sich zu ihrer polnischen Abstammung bekennen, den ein größerer Lump, als ein Denunziat, ist noch der, welcher seine Abstammung und Muttersprache verleugnet. — Im Gegenteil, es sind achtbare Menschen, welche trotz der niederträchtigen preußischen Polenpolitik, sich jetzt auf ihre polnische Abstammung entsinnen und offen und ehrlich sich für Polen ausgeben und an dem Aufbau des polnischen Vaterlandes mitarbeiten wollen. Leute deutscher Abstammung mögen ruhig deutsch bleiben.

Streiflichter.

Gemeindewahlen!

Gemeindewahlen!

Bürger! Bürgerinnen!

Die preussische Regierung hat den 9. November dieses Jahres als den Gemeindewahltag angeordnet.

Die Polen werden an dieser Wahl teilnehmen, und so bitten wir alle, der poln. Partei zum Siege zu verhalten!

Es geht um unser Los!

Agitiert von Mund zu Mund, daß jeder Pole, jede Polin, und jeder, der etwas polnisches Gefühl in sich trägt, nur die Liste der poln. Partei wählt, auf welcher die Namen stehen:

Robert Baluch, Grubenarbeiter.

Aleksander Piec, Hüttenarbeiter.

Dr. Ludwig Urbanowicz, Arzt.

Darum zeige jeder, dass in Königshütte nicht nur Deutsche und Sozialdemokraten, sondern auch Polen und Katholiken leben.

Polski komitet wyborczy
na miasto Król. Hute.

Polnischer Wahlausschuss
für die Stadt Königshütte.

Werden Vergeltungen und Generalabrechnung nötig sein?

Unter obigem Titel brachte der »Weisse Adler« in Nr. 41 einen Artikel in dem 5 Fragen aufgestellt waren, welche das Verhalten der Polen gegenüber ihren Bedrückern nach Anschluss der Abstimmungsgebiete an Polen betreffen. Es zweifelt wohl heute niemand mehr, dass Oberschlesien sicher polnisch wird, trotz aller Autonomien und dergleichen Schmus mehr.

Als der polnisch-oberschlesische Aufstand ausbrach, und die »heldenhafte« Tätigkeit des Grenzschutzes einsetzte, da dachten viele Polenfresser, dass das Vaterland gerettet sei und die polnische Bewegung endgültig im Blut ertränkt sei. Diese Polenfresser, meist Gruben- und Hütten-Beamten, Staats-Beamte, Lehrer, aber auch andere deutsche Bürger, speciell Juden, wie in Tarnowitz und Beuthen u. a. haben sich von ihrem Polenhass soweit hinreißen lassen, dass sie sich an den Greuelthaten gegen die Polen tötlich beteiligten. Diese Leute sind meist bekannt. Ich möchte daher noch die Frage aufstellen, wie sich diese Menschen ein weiteres Zusammenleben mit den von ihnen verhassten und gemarterten Polen denken.

Ferner haben sich viele Oberschlesier, welche sich zum Grenzschutz anwerben liessen, an den Missethaten beteiligt. Diese Leute sind gleichfalls meistens bekannt. Wie denken sich nun diese Helden ein Weiterleben in Oberschlesien bei dem voraussichtlichen Anschluss an Polen?

Eine Amnestie könnte wohl diesen und jenem von einer strafrechtlichen Verfolgung befreien, aber nicht vor dem Hass und der Verachtung der polnischen Oberschlesier.

Verschiedene Mitteilungen.

Kommando der Sicherheitspolizei

Kattowitz

Kattowitz, 20. 10. 19

Nr. St. 2413.

An den Verlag des »Weissen Adlers«

Oppeln, Oderstr. 6.

In der Nr. 42 Ihrer Zeitung beschäftigen Sie sich in den Artikeln »Provinz Oberschlesien« und »Sicherheitspolizei« mit der Organisation der Sicherheitswehr. Da die Artikel tatsächlich Unrichtigkeiten enthalten, bittet das Kommando auf Grund des Reichsgesetzes § 11 nachstehende Berichtigung in Ihrer Zeitung aufzunehmen:

Die Behauptung, dass die Sicherheitswehr nur den Zweck hat, den Friedensvertrag zu umgehen, trifft nicht zu. Die Organisation der Sicherheitswehr erfolgt tatsächlich nur im Rahmen des Friedensvertrages und zwar des angezogenen Artikel 164. Sie ist der Entente angemeldet. Der Etat ist von dieser geprüft und genehmigt worden. Die Entente verlangt, dass die Sicherheitswehr während der Besetzung Oberschlesiens hier verbleibt und den öffentlichen Sicherheitsdienst sobald wie möglich übernimmt.

Hoffmann,

Oberst und Kommandeur.

Die Evakuierungsmassnahmen

für den deutschen Osten nähern sich ihrem Abschluss. Es werden aus den der Volksabstimmung unterliegenden bzw. abzutretenden deutschen Landesteilen mehr als 100 000 Beamte und Hilfsbeamte nach Mitteldeutschland überführt.

Verlag »Der Weisse Adler« in Oppeln. — Druck der »Gazeta Opolska«. — Verantwortlicher Redakteur i. V. J. Wiczorek. — Geschäftsstelle für den Vertrieb und Anzeigen: St. Weber, Beuthen OS., Kurfürstenstr. 19.

Lesen sie das Buch
Wahrheit oder Recht?

Gebildete Dame
erteilt

Preis Mk. 5,00 portofrei.

G. von Hitschler, Hindenburg fragen Oppeln, Ring 11 II.